

„Hoffentlich war es kein Flüchtling!“

Ein Mord geschieht. Der Tatverdächtige ist ein junger Flüchtling. Darf das in der Zeitung stehen? Gedanken über die Verantwortung der Presse in Zeiten des Rechtspopulismus

Als in Freiburg Mitte Oktober die Studentin Maria L. vergewaltigt und ermordet wurde, reagierten viele Menschen in doppelter Hinsicht besorgt. Ich auch. Zum einen waren wir entsetzt über die Tat; wir bangten um unsere Sicherheit und die unserer Töchter. Gleichzeitig beschlich uns die Sorge, dass der Täter ein Flüchtling sein könnte. Nicht weil wir Flüchtlinge für prädestiniert halten, zu vergewaltigen und zu morden. Sondern weil wir diejenigen fürchten, die genau das denken und daraus politisch Profit schlagen wollen.

Nun macht der Mord von Freiburg bundesweit Schlagzeilen. Denn die Polizei hat einen 17-Jährigen aus Afghanistan so gut wie überführt. Die Debatte über „kriminelle Flüchtlinge“ ließ nicht lange auf sich warten. Über Menschen, die Bundeskanzlerin Angela Merkel angeblich massenhaft nach Deutschland „eingeladen“ habe und die nun hierzulande Frauen überfielen. Auf Facebook und in anderen sozialen Medien werden Blutrache und Lynchjustiz gefordert, bis hin zu „speziellen Duschen für solche Fälle“.

Prompt witterte auch die AfD Morgenluft. Sofort organisierte sie eine Demonstration am Freiburger Münster gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Allerdings nahmen nur knapp zwanzig Menschen daran teil – während sich 300 andere der Kundgebung entgegenstellten. Das ist typisch Freiburg: 20.000 Menschen hatten hier im Januar 2015 gegen Pegida demonstriert – in einer Stadt, die bis heute keine einzige Pegida-Kundgebung gesehen hat.

Seit „Köln“ berichten Medien anders über Ausländerkriminalität

Doch auch im linksliberalen Milieu ist die allgemeine Verunsicherung angekommen. Man merkt das an den Diskussionen im Bekanntenkreis, und man merkt es an der Berichterstattung in den Medien, auf die ich als Journalistin besonders achte. Die Badische Zeitung vermeldet die Herkunft des Tatverdächtigen umgehend. Wie viele andere Redaktionen schreibt sie seit den sexuellen Übergriffen in der Silvesternacht von Köln anders über das Thema „Ausländerkriminalität“. Viel häufiger nennen Medien nun die Herkunft von Tatverdächtigen, nur um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, etwas zu verschweigen. Der Shitstorm, der über die Tagesschau hereinbrach, nachdem sie den Freiburger Mordfall zunächst nicht erwähnte, ist symptomatisch.

Ist ein Verbrechen, das mutmaßlich ein Flüchtling begangen hat, besonders schlimm und muss man deshalb darüber bundesweit berichten – es also nicht den lokalen Medien überlassen, wie sonst üblich? Eigentlich nein. Bis vor kurzem hätte ich in dieser Frage eine Lanze für den Pressekodex gebrochen. Jetzt frage ich mich: Was bedeutet verantwortlicher Journalismus in Zeiten des Rechtspopulismus?

Im Pressekodex, der die ethischen Leitlinien für Journalisten vorgibt, heißt es: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ Der Deutsche Presserat hat nach der Kölner Silvesternacht kontrovers darüber diskutiert, ob diese Richtlinie noch zeitgemäß ist – und am Ende beschlossen, sie nicht anzutasten. Ich fand das richtig.

Die „sozialen“ Medien verbreiten jedes Gerücht sofort und ungeprüft

Die aktuelle Frage wäre: Ist es für das Verständnis der Freiburger Gewalttat von Bedeutung, dass der Verdächtige ein Flüchtling ist? Die Antwort ist nicht einfach. Vielleicht hat der junge Afghane in seiner Kindheit so viel Gewalt erlebt, dass seine Hemmschwelle gegenüber Gewaltanwendung gesunken ist. Vielleicht ist er nicht zu Respekt gegenüber anderen

Menschen, insbesondere Frauen, erzogen worden. Möglich ist das. Solange wir das aber nicht wissen, weil der Tatverdächtige schweigt, ist ein „begründbarer Sachbezug“ zwischen Tat und Herkunft nicht zu belegen. Und solange dürften Medien darüber eigentlich auch nicht berichten. So weit die Theorie, so weit die Berufsethik.

Die Praxis sieht anders aus. Hätte die Presse die Information zurückgehalten, sie hätte sich lächerlich gemacht. Denn seit es die „sozialen“ Medien gibt, die jedes Gerücht sofort und ungeprüft verbreiten, sind Redaktionen nicht mehr die Gatekeeper für Nachrichten. Es steht nicht mehr in ihrer Macht zu entscheiden, was die Öffentlichkeit erfahren sollte und was besser (noch) nicht. Das heißt: Wir können nicht verhindern, dass Rassisten auf Facebook und anderswo die Hassmaschine anwerfen. Sie tun es so oder so, ob die Tagesschau berichtet oder nicht, ob die Badische Zeitung die Nationalität nennt oder nicht.

Das neue Interesse an der Herkunft – von rechts gesteuert?

Was also tun? Erstens: In jedem Einzelfall müssen Journalistinnen und Journalisten weiterhin verantwortungsvoll abwägen: Tut die Identität des Tatverdächtigen etwas zur Sache? Hinzu kommt aber eine weitere, zweite Frage: Gibt es ein überragendes öffentliches Interesse an der ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit eines mutmaßlichen Straftäters? Oder ist dieses Interesse von rechtsaußen gesteuert?

„Der Druck von Lesern nimmt zu, die Nationalität zu nennen“, beobachtet der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, Frank Überall. Diejenigen, die am lautstärksten Transparenz einfordern, täten dies allerdings aus einer politischen Motivation heraus: „Das sind Menschen, die sagen, dass die Nationalität relevant sein *soll* – weil sie eine Minderheit gezielt diskriminieren wollen.“

Doch nicht nur die Rechten wollen wissen, ob ein Täter möglicherweise ein Flüchtling war. Das zeigt das Freiburger Beispiel. Dieses veränderte öffentliche Interesse ist die neue Dimension, die man mitdenken muss seit Köln, Würzburg, Ansbach, München. Und auch bei den aktuellen Verhaftungen in Freiburg und Bochum.

Die Wahrheit ist kompliziert. Wir müssen sie verteidigen

Das bedeutet drittens: Seriöse Medien müssen Informationen, die geeignet sind, Vorurteile zu schüren und Hetzern Munition zu liefern, mehr denn je einordnen und bewerten. Mit Hintergrundinformationen darüber, was Kriegsflüchtlinge an Traumata mit sich herumschleppen – nicht um Gewalttaten zu entschuldigen, sondern um weiteren vorzubeugen: mit Psychotherapien, Sozialarbeit, Integrationshilfen aller Art.

Und auch in Zeiten, in denen sich viele Menschen mehr auf ihre subjektive, „gefühlte“ Realität verlassen, müssen wir auf die Wahrheit pochen und immer wieder daran erinnern, dass keine Statistik den Eindruck belegt, Ausländer seien krimineller als Einheimische. Es gibt Verbrecher unter ihnen, aber es sind einzelne. „Die Gewaltkriminalität insgesamt ist zurückgegangen, obwohl so viele Flüchtlinge gekommen sind“, sagt etwa Jörg Kinzig, Direktor des Tübinger Instituts für Kriminologie. Der Statistik nach seien junge Zuwanderer nicht krimineller als junge Deutsche.

„Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar“, das hat Ingeborg Bachmann gesagt. Aber die Wahrheit ist differenziert und häufig kompliziert, und leider gehen nicht alle vernünftig mit ihr um. Deshalb gilt: Den Pauschalisieren und Vereinfachern müssen wir alle – nicht nur wir Journalistinnen und Journalisten – mit aller Macht entgegentreten. Denn Hass und Hetze sind dem Menschen nicht zumutbar.

Erschienen auf www.publik-forum.de am 7. Dezember 2016 sowie in Publik-Forum 24/2016